

„Abends kommt der Klassenfeind“

Als Fernsehkorrespondent in der DDR (IV) / Von Lothar Loewe

Die Halle des Leipziger Interhotels „Stadt Leipzig“ bot das gewohnte Bild: Messebesucher, Journalisten und Funktionäre hasteten vorbei, Menschen umlagerten den Tresen des Empfangs, Hoteldiener mit Koffern tauchten auf und verschwanden in den Fahrstühlen.

Eine vertraute Szene, und doch war es diesmal anders. Durch die Menge der Wartenden drängte sich ein Mann und steuerte direkt auf mich zu, als ich die Halle betrat. „Vorsicht“, flüsterte er im Vorbeigehen, ohne mich anzuschauen, „oben in Ihrem Zimmer hat der Stasi neue Abhöranlagen eingebaut. Nicht vom Zimmer aus telefonieren!“ Und gleich war er wieder fort.

Ich fand die Warnung des Unbekannten rührend, denn wir westdeutschen Korrespondenten in der DDR gingen immer davon aus, daß unsere Telefone vom Staatssicherheitsdienst überwacht wurden. Doch bald dämmerte mir, daß wir auf dieser Herbstmesse des September 1976 von den Stasi-Männern besonders scharf beobachtet wurden.

Die Zimmer, die mir und dem ZDF-Korrespondenten Hans-Jürgen Wiessner reserviert worden waren, lagen unmittelbar neben dem Büro für Zentrale Zimmervergabe und waren so frisch renoviert, daß man förmlich die Abhörmikrophone zu riechen meinte, obwohl

ich mir nicht die Mühe machte, sie zu suchen.

Bei den Gängen durch die Leipziger Innenstadt fiel meinen Mitarbeitern und mir auf, daß wir von merkwürdigen Gestalten umgeben waren. Uns folgten Männer in den knielangen Synthetik-Mänteln des Typs „Spezitem 2000“, mit denen meist die Angehörigen der Observationstrupps des Staatssicherheitsdienstes ausgestattet sind. Erst kurz vor dem Hotel waren sie außer Sichtweite geraten.

Auch auf dem Parkplatz hinter dem Hotel hatte uns eine Überraschung erwartet: Die uns seit Jahren bekannten Rentner, die dort während der Messen als Parkwächter arbeiteten, waren durch junge Leute ausgewechselt worden — angeblich, weil die Alten bei westlichen Gästen Zigaretten geschnorrt hatten.

Offenbar hatten sich die DDR-Organen in Leipzig diesmal besonders gründlich auf das Kommen westdeutscher Journalisten vorbereitet. Sonderkommandos des Staatssicherheitsdienstes lagen einsatzbereit, Pressefunktionäre waren seit langer Zeit auf die Abwehr der allzu neugierigen West-Kollegen gedrillt.

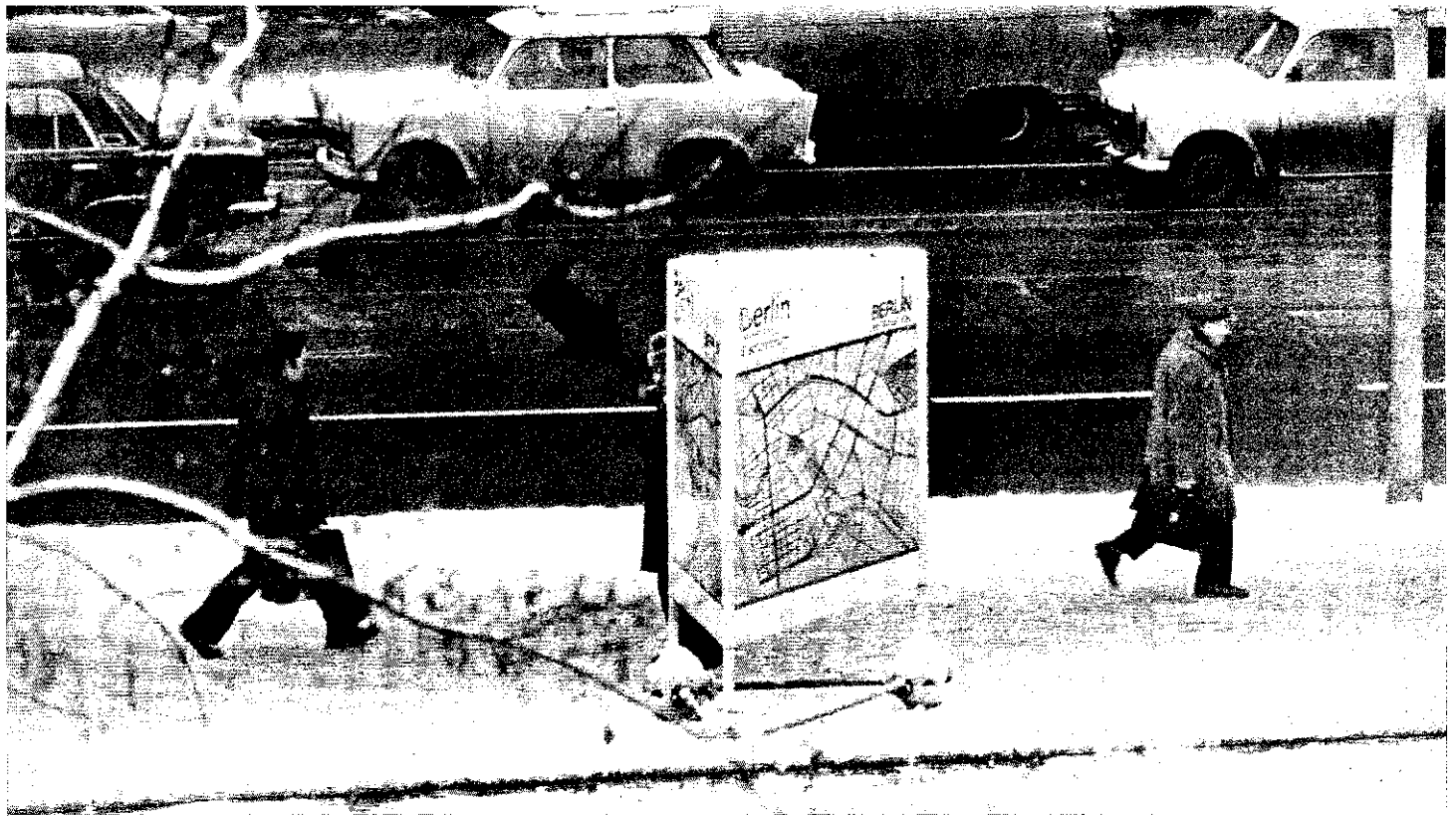
Rolf Buschmann, Leiter des Pressezentrum des Messeamtes, hatte regelmäßig vor jeder Leipziger Messe eine Art Rotlichtbestrahlung gegen westdeutsche Journalisten verordnet; jeder seiner Mitarbeiter — von den Damen der Poststelle bis zu den Kellnerinnen im Restaurant — erhielt Weisung, wie er sich zu verhalten habe. Gegenüber westdeutschen Journalisten, so lautete Buschmanns Parole, sei zwar korrekte Höflichkeit, zugleich aber höchste Wachsamkeit geboten; persönliche Gespräche oder gar Verabredungen mit ihnen hätten zu unterbleiben.

Zusätzliche Maßnahmen sollten die westdeutschen Journalisten von wichtigen Informationsquellen abschneiden: DDR-Kollegen hielten sich vom Pressezentrum fern, Einladungen zu den Pressekonferenzen der Ostblockstaaten erreichten die bundesdeutschen Journalisten kaum noch.

Trotz so systematischer Abschirmung flossen uns bald Informationen zu, die enthüllten, wie wichtig gerade diese Leipziger Herbstmesse für die DDR war. Die Ernte war miserabel ausgefallen, die DDR benötigte drin-



Journalistenquartier in Leipzig: „Nicht vom Zimmer aus telefonieren!“



Stasi-Spitzel (Pfeil) im Einsatz: „Merkwürdige Gestalten in knielangen Mänteln“

gend ausländische Kredite, um in anderen Ländern Getreide ankaufen zu können — kein Zufall, daß der Devisen-Zar der DDR, Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski vom Außenhandelsministerium, in Leipzig weilte.

Schalck-Golodkowski leitet die zuweilen kühnen Währungsmanipulationen Ost-Berliner Mittelsmänner an den europäischen Devisenbörsen. Er und seine Vertrauten drehen ständig am großen Rad im heißen Eurodollar-Geschäft.

Seine ersten Geschäftserfahrungen sammelte er nach dem Krieg bei Schwarzmarkt-Transaktionen im Parteiauftrag. Am Rosenthaler Platz handelte er zum Wohle der SED-Kasse mit Zigaretten der Marken „Camel“ und „Hundekopf“.

Ganz konspirativ gab er sich auch Ende 1975, als er in vierwöchigen Geheimverhandlungen mit Staatssekretär Günter Gaus Verbesserungen für den Berlin-Verkehr aushandelte. Wir Korrespondenten ahnten nicht, daß Schalck-Golodkowski Abend für Abend mit hochgeschlagenem Mantelkragen zu Fuß und ohne Begleitung in die Niederschönhausener Dienstwohnung von Gaus schlich. Den Dienstwagen hatte er zur Tarnung schon einige Straßenecken vorher verlassen.

Schalck-Golodkowski gehört zu den wenigen einflußreichen Männern in der DDR, die jederzeit beim SED-Chef Erich Honecker vorgelassen werden. Kein Wunder, daß er auch in Leipzig jeden Kontakt zu westlichen Journalisten sorgfältig vermied.

Bereits am 5. September meldete ich in meinem ersten Messebericht, daß die DDR in den nächsten Monaten für 1,4 Milliarden Mark (West) Futtergetreide aufkaufen und diesmal auf die gewohnten Getreidelieferungen aus der Sowjet-Union verzichten müsse.

Weitere Informationen bestätigten, daß die Handelsfunktionäre der DDR am Rande der Messe bemüht waren, bei internationalen Banken Kredite aufzutreiben. Es war bereits zu ersten Kreditgesprächen mit ausländischen Bankern gekommen, wobei auch Jupp Steidl, Abteilungsleiter für Kurierdienst im Zentralkomitee der SED, mitwirkte.

„Loewe steht bei uns auf der Abschußliste.“

Es blieb den Genossen natürlich nicht verborgen, daß ich über die Kreditverhandlungen Informationen sammelte. Sie wählten meine Informanten unter ihren bundesdeutschen Gesprächspartnern und warnten sie vor Indiskretionen. Ein DDR-Handelsfunktionär: „Mit dem Loewe sollten Sie nicht soviel reden, der steht bei uns auf der Abschußliste. Denken Sie an Ihre Geschäfte.“

Ich nahm die gutgemeinte Warnung meines Freundes aus der Geschäftswelt nicht sonderlich beunruhigt auf. Aber der Vorgang war kennzeichnend für die Stimmungslage in bestimmten Funktionskreisen.

Noch recherchierten wir im Messegelände, da erreichte Wiessner und

mich die zuverlässige Nachricht, Stasi-Männer seien in unsere Hotelzimmer eingedrungen und hätten unser Gepäck durchsucht. Auch das Quartier meines Zimmernachbarn, des dpa-Korrespondenten Dietmar Schulz, war durchstöbert worden.

Wir fuhren ins Hotel, konnten jedoch in unseren Zimmern keinerlei Spuren fremder Neugierde entdecken. Die durchsuchenden Genossen von der Sicherheit hatten Profi-Arbeit geleistet. Wir beschlossen, Staatssekretär Günter Gaus, den Chef der Bonner Mission, zu alarmieren. Gaus gab unsere Beschwerde an den stellvertretenden DDR-Außenminister Kurt Nier weiter, der freilich nur unverbindlich reagierte: „Wenn die Korrespondenten meinen, man sei in ihre Zimmer eingedrungen, würde ich ihnen raten, die Volkspolizei zu verständigen.“

Kurz darauf sprach vor dem Pressezentrum ein junger Mann den Kameramann des ZDF-Teams an und gab ihm den Tip, er möge mit seinen Kollegen am nächsten Vormittag um zehn Uhr zum Kino „Capitol“ kommen. Dort werde er mit einem Plakat für seine Ausreise aus der DDR demonstrieren.

Wiessner und ich hielten eine Provokation des Staatssicherheitsdienstes nicht für ausgeschlossen, dennoch entschieden wir, zur angegebenen Zeit vor dem Capitol zu sein. Als wir das Kino sahen, entdeckten wir in seiner Nähe sofort, was wir vermutet hatten: viele wohlgenährte Zivilisten, die sich betont gelangweilt gaben, und mehrere Doppelstreifen der Volkspolizei mit Sprech-

funkgeräten, geführt von einem Vopo-Major.

Wir hatten kaum die Umgebung etwas genauer in Augenschein genommen, da tauchte der junge Mann im Kassenraum des Kinos auf und entfaltete ein Plakat. Polizisten und Zivilisten sprangen herbei, überwältigten den Mann innerhalb von Sekunden und führten ihn ab. Wir Journalisten aber blieben demonstrativ untätig; die Szene wurde von uns nicht gefilmt, der Vorfall nie an die Öffentlichkeit gebracht.

Wiessner und ich meldeten den Vorgang den Vertretern der Abteilung „Journalistische Beziehungen“ im DDR-Außenministerium, wobei wir deutlich durchblicken ließen, daß wir

ist am schlimmsten“, soll ein Mitglied des Politbüros damals gesagt haben.

Auffällig war auch, daß sich im Pressezentrum eine unbekannte Frau meldete, die mich wegen ihres Ausreiseantrags sprechen wollte. Die Frau kam mir wegen ihrer Aufdringlichkeit verdächtig vor, zumal da sie die sonst so scharf kontrollierenden Wächter des Leipziger Presse zentrums ohne Schwierigkeit passiert zu haben schien.

Derlei Episoden verrieten die Hektik, mit der die Staatsorgane der DDR die Tätigkeit westdeutscher Journalisten verfolgten. Schon seit Wochen blieb kaum eine unserer Fahrten unbeobachtet, jede normale journalistische Tätigkeit wurde von den Aufpas-

systemimmanente Kritiker. Es gab aus der Ost-Berliner Zentrale keine klare Weisung, wie mit den Aufmüpfigen zu verfahren sei.

Die Anzeichen der Unruhe waren unverkennbar: Immer mehr Menschen bekundeten den Wunsch nach Ausreise in die Bundesrepublik, in Film und Literatur regte sich der Drang nach Emanzipation von steriler Parteivormundschaft, immer häufiger forderten Bürger ungeniert, die KSZE-Beschlüsse auch in der DDR zu verwirklichen.

Vollends irritieren aber mußte die DDR-Führung, daß auch die innerdeutsche Grenze aus Mauern und Stacheldraht wieder ins Gerede kam. Im Sommer war es zu Zwischenfällen gekommen: Der italienische Lkw-Fahrer und Kommunist Corghi war von DDR-Grenzern erschossen worden, zwei Bundesgrenzschützer waren jenseits der Demarkationslinie von DDR-Posten gefangen genommen worden; den auf DDR-Gebiet geratenen Bundesbürger Willi Bubbers hatten östliche Grenz wächter nach einem Wortwechsel durch Schüsse verletzt. Die Lage an der deutsch-deutschen Grenze war höchst gefährlich. Bonn protestierte gegen die Schüsse der DDR-Grenzer.

„Auskünfte über das Dorf nur vom Außenministerium.“

Und überall in der DDR waren wir mit den Kameras des westdeutschen Fernsehens unterwegs. Zweifel und Irritationen der DDR-Bürger blieben uns nicht verborgen. Jede Straßenbefragung erwies aufs neue, wie sehr die deutsch-deutsche Grenze für viele DDR-Bürger noch immer „Thema Nummer eins“ war.

Anfang August fuhr unser Team nach Barneberg, einem kleinen Dorf am Westrand der Magdeburger Börde, das durch die Grenzziehung von seinem bundesdeutschen Hinterland abgeschnitten ist. Barneberg liegt hart östlich des DDR-Grenzsperrbezirks, der von DDR-Bürgern nur mit Sonderausweis betreten werden darf.

Als wir mitten im Ort unsere Kamera aufbauten, umkreiste uns sofort der „Sheriff“, der Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei, auf seinem Leichtmotorrad. Höflich, aber gründlich kontrollierte der Genosse Unterleutnant unsere Ausweise. Dann fuhr er zum Bürgermeister.

Auch ich suchte den „Vorsitzenden des Rates der Gemeinde“ auf. Der Bürgermeister war sichtlich verunsichert. Ich erklärte ihm unser Filmvorhaben und wollte ihm ein paar Fragen über die Geschichte des Dorfes Barneberg stellen, aber er antwortete: „Auskünfte nur über das Außenministerium, das wissen Sie doch, Herr Loewe!“

Wir fragten dann Dorfbewohner, wie man unter den Bedingungen der Absperrung leben könne. Antwort:



Capitol-Kino in Leipzig: Falle für die West-Journalisten

die ganze Aktion für eine Provokation hielten — was die gleiche Abteilung später nicht daran hinderte, meine Ausweisung aus der DDR auch mit dem Vorwurf zu begründen, ich hätte damals vor dem Capitol DDR-Bürger zu einer staatsfeindlichen Demonstration angestiftet.

Diese offenbar sorgfältig eingefädelt Provokation der Sicherheitsorgane hatte sich gegen die Korrespondenten von ARD und ZDF gerichtet. Hans-Jürgen Wiessner und mir war klar, daß man uns in eine Falle locken wollte und daß hier „belastendes Material“ gesammelt werden sollte.

Später hörte ich von gutinformierter Seite, daß einige hohe Funktionäre im Spätsommer 1976 mit dem Gedanken gespielt hatten, meinen Kollegen Wiessner auszuweisen. „Der vom ZDF

seien offenbar in das Zwielficht unerlaubter Aktivitäten getaucht.

In jenen Tagen fragten Angehörige der Abteilung Journalistische Beziehungen plötzlich den Korrespondenten der „Süddeutschen Zeitung“, Peter Pragal, wann er eigentlich abgelöst werde und wen wohl die Redaktion als seinen Nachfolger zu entsenden gedanke. Pragal antwortete, er habe die Absicht, noch sehr lange aus der DDR zu berichten.

Wie noch nie zuvor seit dem Abschluß des Grundlagenvertrages reagierte die DDR-Führung nervös und ruppig auf jedes Anzeichen nonkonformistischer Stimmungen oder gar innenpolitischer Unruhe im Arbeiter- und Bauern-Staat. Mancher hohe SED-Genosse in der Provinz sah den Staat bereits von Auflösung bedroht — durch Bürgerrechtler, Ausreisewillige,

„Na, so wie in anderer Gegend. Das ist doch alles eins.“

Frage: „Können Sie in die Nachbardörfer hier im Grenzgebiet?“

Antwort: „Um Gottes willen! Ich kann noch nicht mal nach Hötensleben.“

Frage: „Und wie ist es mit Schöningen auf der bundesdeutschen Seite?“

Antwort: „Schöningen. Nun, da kommen wir schon lange nicht hin.“

Frage: „Und haben Sie Freunde in Schöningen, die Sie hier manchmal besuchen?“

Antwort: „Ja, Arbeitskollegen. Die kommen ooch nich, was sollen sie hier? Hier ist doch nichts zu holen.“

Frage: „Möchten Sie gerne mal rüber nach Schöningen?“

Antwort: „Möcht' ich, ja.“

Frage: „Glauben Sie, daß Sie das mal können, bevor Sie 65 sind?“

Antwort: „Nee, das gloobe ich nich.“

Ein paar Tage später war das ARD-Team dabei, als SED-Chef Erich Honecker am 13. August 8500 Mann paramilitärischer Betriebskampfgruppen auf der Ost-Berliner Karl-Marx-Allee paradiere ließ, um nicht zuletzt jene Stimmen der Sehnsucht und Resignation zu neutralisieren, die wir mit unseren Kameras und Mikrofonen wahrgenommen hatten.

„Die DDR-Führung“, kommentierte ich am 16. August in einer „Report“-Sendung, „hielt es für notwendig, ihren Bürgern erneut klarzumachen, daß sie mit einer Entschärfung dieser Grenze,

mit einer erhöhten Durchlässigkeit, auch in Zukunft nicht zu rechnen hätten.“

Wir spürten noch auf der Leipziger Messe, wie sehr die Herrschenden das Grenzproblem beschäftigte. Honecker polemisierte wiederholt „gegen Provokationen an der Grenze“. Bei einem Rundgang durch die Messe am 5. September geriet der SED-Chef auch in den Bereich westdeutscher Fernsehkameras; Wiessner und ich nutzten die Chance, ihn zu befragen:

Wiessner: „Was würden Sie vorschlagen für eine Normalisierung auf diesem Gebiet zwischen den beiden deutschen Staaten?“

Honecker: „Die Achtung der Grenzen!“

Ich: „Sehen Sie die Möglichkeit, daß doch eine Situation geschaffen wird, in der Schüsse an der Grenze nicht mehr vorkommen und Menschen nicht mehr zu Schaden kommen?“

Honecker: „Wissen Sie, ich möchte nicht über die Schüsse sprechen. In der Bundesrepublik fallen soviele Schüsse täglich, wöchentlich, monatlich, die möchte ich nicht abzählen.“

Wiessner: „Könnten Sie sich vorstellen, daß man auf beiden Seiten kraft Vereinbarung auf Schüsse verzichtet?“

Die DDR-Zeitungen unterschlagen Honecker-Sprüche.

Honecker: „Das Wichtigste ist, man darf an der Grenze nicht provozieren, und wenn man an der Grenze nicht provoziert, dann wird es ganz normal sein. Es war lange Zeit normal, und es wird auch in Zukunft so sein.“

Eingekeilt zwischen Funktionären der DDR-Führungsspitze und Kollegen brachte ich noch eine Frage an. Honeckers Antwort wurde zwar auch im DDR-Fernsehen gesendet, aber in sämtlichen DDR-Zeitungen unterschlagen. Die Frage lautete: „Herr Honecker, sehen Sie die Möglichkeit, daß in der Frage der Ausreisen von Bürgern der DDR in die Bundesrepublik noch weitere Erleichterungen geschaffen werden?“

Honecker: „Wissen Sie, ich habe die Zahl nicht im Kopf, soweit ich weiß, besuchen gegenwärtig 1,4 Millionen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik jährlich die Bundesrepublik Deutschland. Wenn unsere Devisenlage noch besser wird, werden noch mehr fahren, — und wenn Herr Gaus mehr Zeit hat zum Verhandeln und weniger in Anspruch genommen wird durch Proteste.“

Honecker machte also in seiner Antwort die Frage der Ausreisen in die Bundesrepublik vom Devisenzufluß abhängig. Wir Korrespondenten haben

* Westdeutsche Kripo untersucht das Gelände, auf dem am 25. Juli 1976 der Hamburger Willy Bubbers von DDR-Grenzsoldaten angeschossen worden war.



Grenzzwischenfall bei Mustin*: „Für viele DDR-Bürger ...



... blieb die Grenze Thema eins“: Loewe, Dorfbewohnerinnen in Barneberg

nie erfahren, welche Gedankengänge Honeckers sich hinter dieser hochinteressanten Antwort verbargen.

Und noch ein anderer Vorgang erregte unsere Aufmerksamkeit. Die Mitglieder der DDR-Führungsspitze benutzten zum ersten Mal auf der Leipziger Herbstmesse 1976 die neuen langgestreckten Volvo-Limousinen. Als Honecker und seine Begleitung bei der Messe-Rundfahrt vor dem Alten Rathaus im Zentrum von Leipzig hielten, sammelte sich eine große Menschenmenge an, die die schwedischen Luxuslimousinen bestaunte.

In der Menge erhob sich Gemurmel. Man hörte halblaute Sätze wie: „Da kann man mal sehen, wie die da oben leben.“ Oder: „Die fahren West-Autos, und wir müssen jahrelang auf einen Trabi warten.“ Irgendein Arbeiter rief schon lauter: „Haut bloß ab!“ Im Handumdrehen waren Volkspolizisten zur Stelle, und im Eiltempo fuhren die Staatskarossen davon, während die Mitglieder des Politbüros noch die Messenhäuser besuchten.

Der Bürgerprotest von Riesa – ein Novum in der DDR.

Ein paar Tage später ging mir ein Hinweis zu, der mit der Diskussion über Grenze und Ausreise in einem gewissen Zusammenhang stand. In der sächsischen Industriestadt Riesa an der Elbe hatte sich um den Arzt Dr. Karl-Heinz Nitschke die erste „Bürgerrechtsbewegung“ in der DDR gebildet. 67 Menschen forderten in einer gemeinsamen Petition von der Regierung der DDR das Recht, in die Bundesrepublik auswandern zu dürfen – unter Berufung auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die KSZE-Schlussakte und die DDR-Verfassung.

Der Fall schien mir wichtig genug, einmal an Ort und Stelle festzustellen, ob diese Leute auch wirklich seriös waren. Eine gemeinsame Petition von DDR-Bürgern an die Staatsmacht – das hatte es vorher noch nicht gegeben.

Der Name Nitschke war mir nicht unbekannt, eine Kollegin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hatte mir von dem Arzt erzählt. Nitschke, Facharzt für Inneres an der Poliklinik eines Stahlwerkes in Riesa, hatte 1964 mit dem Gedanken gespielt, sich mit seiner Frau nach Westen abzusetzen; ein Gastwirt, der davon erfuhr, denunzierte ihn, worauf der Arzt zu zwei Jahren (seine Frau zu einem Jahr) Gefängnis verurteilt wurde.

1975 war er mit Frau und Tochter auf einer Urlaubsreise in Rumänien. Er wurde wegen angeblichen Fluchtverdachts denunziert. Die rumänischen Behörden lieferten ihn an die DDR aus. Folge: vorläufige Festnahme, Verlust seines Postens als medizinischer Abteilungsleiter und Verbot, mit seinen Patienten Privatgespräche zu führen –

eine absurde Maßnahme zur Behinderung des Kontaktes zwischen Arzt und Patienten.

Nitschke stellte daraufhin am 18. August 1975 bei den DDR-Behörden einen Antrag auf Übersiedlung in die Bundesrepublik und einen weiteren auf Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft und wiederholte diese Anträge immer aufs neue. Zugleich begann er, Freunde, Nachbarn und Patienten für seinen Fall zu interessieren. Alle unterschrieben die Petition aus eigenem Antrieb – Beginn des Bürgerprotestes von Riesa, Beginn einer Bürgerrechtsbewegung in der DDR, die auf andere Bezirke übergreifen drohte.

Am 13. August 1976 stellte er seinen letzten Antrag und alarmierte zugleich die westdeutsche Öffentlichkeit. Nitschke schrieb an Verwandte, Zeitungsredaktionen und Politiker in der

hörden auf Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland.“

Ein Nitschke-Schreiben veröffentlichte der „Rheinische Merkur“ am 27. August, worauf der Staatssicherheitsdienst zuschlug: Vier Tage später verhafteten Stasi-Männer den an schweren Herz- und Kreislaufbeschwerden leidenden Arzt am Mittagstisch und nahmen seinen gesamten Sympathisantenkreis unter systematische Beobachtung. Alle Unterzeichner wurden von Sicherheitsbeamten verhört und bedrängt, ihre Unterschrift zurückzuziehen und Dr. Nitschke als angeblichen Rädelführer zu belasten.

Das war die Lage, als ich mit dem ARD-Team in Leipzig arbeitete. Am 10. September fuhr ich nach Riesa, zunächst ohne Kamerateam, da ich mich in diesem Augenblick nur informieren wollte. Außerhalb der Stadt fand ich



Honecker beim Interview mit West-Journalisten*: Mehr Devisen, mehr Ausreisen

Bundesrepublik, um Bonn zu einer Aktion aufzurütteln.

„In aller Öffentlichkeit“, formulierte er, „klage ich die DDR der Verletzung der Menschenrechte an, begangen an zahlreichen Bewohnern dieses Staates, darunter an meiner Frau, Dagmar Nitschke, meiner Tochter, Marion Nitschke, und mir, Dr. Karl-Heinz Nitschke. Die Menschenrechtsverletzungen betreffen:

- a) mehrjährige Einkerkierungen nach erzwungenen Geständnissen,
- b) Freiheitsberaubung,
- c) Wegnahme von persönlichem Eigentum zugunsten von SSD-Offizieren,
- d) Verweigerung des Rechtes auf Emigration durch Nichtbeantwortung von insgesamt 52 Anträgen an DDR-Behörden.

ein Neubauviertel, in dem auch das Haus 26 der Schweriner Straße liegt. Dort wohnte Dagmar Nitschke.

Ich meldete mich bei ihr, und sie gab mir bereitwillig Auskunft. Seit der Verhaftung ihres Mannes war diese mutige und resolute Frau wiederholt von Beamten des Staatssicherheitsdienstes stundenlang vernommen worden; das Telefon der Nitschke-Wohnung hatte Stasi-Männer gesperrt – angeblich, weil die Telefon-Rechnung nicht bezahlt war; die Observanten folgten der Frau selbst auf dem Gang zur Kaufhalle.

Den anderen Freunden Nitschkes, mit denen ich auch sprach, ging es kaum besser. Vor deren Wohnungen sah ich Autos, die jeweils mit mehreren

* Auf der Leipziger Herbstmesse 1976. Hinter Honecker der Vorsitzende des DDR-Ministerrats Horst Sindermann.



DDR-Funktionärsauto Volvo: „Da kann man mal sehen ...“

Zivilisten besetzt waren: Stasi paßte auf, Tag für Tag, 24 Stunden um die Uhr. Die Szene war beängstigend.

Gleichwohl erklärten sich Frau Nitschke und andere Bürger in Riesa bereit, vor einer ARD-Kamera über ihren Fall zu sprechen. Ich fuhr noch am gleichen Tag nach Leipzig zurück, um unser Kamerateam für das Unternehmen in Riesa vorzubereiten.

Ich hatte kaum mein Hotel erreicht, da ging mir eine Aufforderung zu, bei der Leipziger Außenstelle der Abteilung Journalistische Beziehungen anzurufen. Am Apparat meldete sich mein alter Widersacher Günther Wehmann, der mich bereits im August 1975 „verwarnt“ hatte.

Ich ahnte, worum es ging, als er mich höflich aber dringlich bat, zur ungewohnten Abendstunde um 19.30 Uhr im Pressezentrum zu einem Gespräch zu erscheinen. Wehmann empfing mich und bat mich, noch einen Augenblick auf Dr. Claus zu warten.

Der erschien endlich, merkwürdig erregt und mit hochrotem Kopf. In der zitternden Hand hielt er ein Blatt Papier, von dem er anfang abzulesen: Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten habe Kenntnis von meiner Absicht, in Riesa mit gewissen Personen Interviews zum Zwecke der Veröffentlichung zu führen. Die Personen seien jedoch als Zeugen in ein Strafverfahren verwickelt. Die geplanten Interviews stellten daher einen Verstoß gegen die Strafprozeßordnung der DDR dar.

Das Außenministerium, so las Claus weiter, mache darauf aufmerksam, daß die Interviews einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren bedeuteten; zudem bestehe der Verdacht der Zeugenbeeinflussung und der Behinderung von Staatsorganen bei der Durchführung ihrer Untersuchungen. Das wiederum verletze die Journalisten-Verordnung vom 21. Februar 1973, die jeden auswärtigen Korrespondenten verpflichte, die Rechtsordnung der DDR zu achten und zu respektieren.

Ich bat Claus, mir die Personen zu nennen, die nicht interviewt werden dürften. Doch der Pressefunktionär wußte keine Antwort. Er verwies lediglich auf den Text, den er mir vorgelesen hatte. Die Lage sei doch klar.

Ich fragte, ob es überhaupt verboten sei, in Riesa zu filmen. Wehmann: „Herr Loewe, Sie wissen doch, daß Sie in der DDR volle Freizügigkeit genießen. Dies gilt selbstverständlich auch für Riesa.“

Mir war nicht bekannt, daß fast zur gleichen Stunde in Riesa Stasi-Beamte Frau Nitschke und einige Petitions-Unterzeichner zu einem Verhör abführten, in dem es nur um die Frage ging, was sie mit mir gesprochen hatten. Dagmar Nitschke und ihre Freunde mußten sich verpflichten, mir keine Interviews vor der Kamera zu geben — andernfalls würden sie, so drohten die Vernehmer, sofort verhaftet werden.

Schon das Pressionsmanöver des Duos Wehmann/Claus veranlaßte mich freilich, das Thema Riesa noch einmal sorgfältig zu überdenken. Wir wollten keinem der Bürgerrechtler schaden, ihre Sicherheit ging allem anderen vor. Ich informierte noch am Abend Missionschef Gaus und beriet mich dann mit meinen Kollegen; anschließend rief ich unsere Heimatredaktion an.

Wir waren uns alle darüber im klaren, daß das DDR-Außenministerium hier den ersten massiven Versuch unternahm, den bisher unbehinderten Kontakt zwischen den Korrespondenten aus der Bundesrepublik und DDR-Bürgern zu unterbrechen. Der Pressechef der bundesdeutschen Vertretung in Ost-Berlin, Johannes Rieger, warnte das DDR-Außenministerium mündlich davor, unsere Arbeit zu behindern.

Schließlich faßten wir am nächsten Tag einen Entschluß: keine Fernsehinterviews, wohl aber eine Reportage über die Bürgerrechtler von Riesa. Über Art und Zeit der Ausstrahlung wollten wir später entscheiden. Das Kamerateam fuhr deshalb am Sonn-



... wie die da oben leben“: Parade der Betriebskampfgruppen in Ost-Berlin 1976

abend, dem 11. September, in die Elbestadt, sorgfältig beobachtet von Stasi-Männern in schnellen Limousinen.

Als wir in der Schweriner Straße vor dem Haus 26 stoppten und begannen, unsere Geräte auszupacken, erwarteten uns bereits 13 Stasi-Männer und -Frauen mit Sprechfunkgeräten, die sie in kleinen Taschen trugen. Sie waren in der Gegend rings um uns verteilt. Da sonst keine Passanten zu sehen waren, wirkte dieses Aufgebot der Sicherheitskräfte bedrohlich.

„High noon in Riesa“, murmelte Ton-Ingenieur Horst Linke und stellte sein Gerät bereit. Ich war entschlossen, unser Filmvorhaben zu Ende zu führen. „Nur die Nerven nicht verlieren“, war unsere Devise.

Kaum aber machte das Kamerateam Miene, die Szenerie vor Haus 26 zu filmen, da nahmen die Staatsschützer fast ebenso schnell hinter Büschen und geparkten Autos Deckung. In den umliegenden Häusern wurden Fenster geöffnet, Menschen schauten zu uns herab und beobachteten belustigt den Rückzug der Stasi-Männer.

Ich ging unter den Augen der Staatsschützer zu Frau Nitschke und erklärte ihr, warum wir beschlossen hatten, sie nicht zu interviewen. Sie hatte dafür Verständnis, andere Nitschke-Freunde aber bedauerten unsere Zurückhaltung. Immer mehr Menschen, darunter Unterzeichner der Bürgerrechts-Petition, kamen nun auf die Straße. Mit dem verzweifelten Mut von Leuten, die meinen, nichts mehr zu verlieren zu haben, boten sie an, vor der Kamera ihre Erfahrungen zu schildern — trotz der anwesenden Stasi-Leute, die über Richtmikrophone mithörten.

Sie erzählten, oft erregt und sich verhaspelnd, ihre Geschichte. Da gab es Menschen, die Anfang der sechziger Jahre aus dem polnischen Oberschlesien in die DDR übergesiedelt waren und jetzt zu ihren Verwandten in Westdeutschland wollten, da gab es andere, die vor 1961 aus der Bundesrepublik gekommen waren und die es nun in die Heimat zurückzog.

Und je mehr sie berichteten, desto härter und verbitterter wurden ihre Stimmen. Sie erzählten von Schikanen, Willkür und Unverständnis der Behörden.

Schimpfworte ertönten, einigen standen Tränen in den Augen. Was blieb mir aber anderes übrig als der Rat, Ruhe zu bewahren und nicht die Nerven zu verlieren? Uns allen war das, was wir gehört hatten, unter die Haut gegangen. Ich wußte nicht, welche Anweisungen die Stasi-Männer hatten und ob sie meinen vor Ort in die Kamera gesprochenen Bericht überhaupt dulden würden. Kein Wunder, daß meine Stimme etwas gepreßt klang, als ich begann, die ersten Sätze meines Riesa-Berichts aufzusagen.

„Hier in Riesa“, sagte ich, „in dem Haus hinter mir, im zweiten Stockwerk,



Loewe vor dem Nitschke-Haus in Riesa: „Als wir abgedreht hatten ...“

wohnt der Arzt Dr. Karl-Heinz Nitschke mit seiner Frau und seiner Tochter. Wegen der Ablehnung seiner Ausreisearträge hat Dr. Nitschke kürzlich eine Petition zur vollen Erlangung der Menschenrechte verfaßt. Diese Petition ist von weiteren 66 DDR-Bürgern unterzeichnet worden. Alles Bürger, die die DDR verlassen wollen.“

„Auf die Petition reagierten die DDR-Behörden mit Verhaftungen, Haussuchungen und mit dem intensiven Verhör aller Unterzeichner“, fuhr ich fort. „Am 31. August wurde Dr. Nitschke hier in seiner Wohnung mit tags von Beamten des Staatssicherheitsdienstes verhaftet.“

Fazit: „Die wachsende Unzufriedenheit über fehlende Reisemöglichkeiten

sie die zur Ausreise Entschlossenen in Frieden ziehen lassen?“

Als mein Team und ich in Riesa abgedreht hatten, fühlten wir uns alle wie ausgelaugt, aber wir waren froh, daß es keine Auseinandersetzung mit den Staatsorganen gegeben hatte.

Mein Bericht, am 23. September 1976 in der SFB-Sendung „Kontraste“ ausgestrahlt, machte die Bürgerrechtler von Riesa in der ganzen Bundesrepublik und bei unseren Zuschauern in der DDR bekannt. Immer wieder sprachen mich Leute auf die Sendung an und wollten noch mehr über den Arzt und seine Freunde wissen.

Desto unwilliger reagierten die Spitzenfunktionäre des Regimes. Als der stellvertretende DDR-Außenminister



... fühlten wir uns wie ausgelaugt“: DDR-Bürgerrechtler Nitschke, Frau, Tochter

nach dem Westen und über die Entwicklung der politischen Verhältnisse in der DDR sind die Hauptursachen für diese Bürgerinitiative ... Die Führung der DDR muß daher eine sehr schwierige Entscheidung fällen: Wird sie die Bürgerinitiative von Riesa mit den Mitteln der polizeilichen Einschüchterung beantworten, oder wird

Krolikowski am 6. Oktober in Ost-Berlin für Diplomaten und Korrespondenten einen Empfang zu Ehren des DDR-Gründungstages gab, sah ich bei den hohen Genossen nur frostige Gesichter. Selbst der sonst so verständnisvolle Karl Seidel, Abteilungsleiter im Außenministerium, machte mir Vorwürfe. „Ihre Berichterstattung über

Riesa war schon eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Republik“, zürnte Seidel. Da sei ich, urteilte er, „hart an die Grenze des Zumutbaren“ gegangen.

Doch das konnte ich nicht gelten lassen. „Eins muß man mal klar sehen“, erwiderte ich, „Journalisten mischen sich immer ein. Den Begriff ‚Einmischung in innere Angelegenheiten‘ gibt es für Diplomaten und Völkerrechtler, nicht aber für Journalisten. Ich mische mich als Journalist immer ein, das ist nun mal mein Beruf, und meistens gibt es irgendwo eine Regierung, die sich darüber ärgert, sei es nun Ihre oder die in Bonn, Washington oder Moskau.“

Das mochten vor allem die Genossen im Agitationsapparat der SED nicht

Oktober kein Laub mehr an den Bäumen hing, die Springbrunnen stillgelegt und die Standbilder zur Überwinterung in Holzverschlägen verborgen waren.

Das Außenministerium bearbeitete unsere Anträge auf Genehmigung journalistischer Vorhaben betont schleppend; unsere Wünsche wurden oft ignoriert, vorgeschlagene Projekte auf die Hälfte zusammengestrichen. Mancher unserer Gegenspieler schien dafür sorgen zu wollen, daß das ARD-Team nur noch mit halber Kraft arbeitete.

Für den Tag der Volkskammerwahlen, den 17. Oktober, hatten wir uns vorgenommen, ganz spontan einige beliebige Wahllokale in Ost-Berlin aufzusuchen und die dortigen Wahlgänge zu filmen. Statt dessen schrieb uns das

che, in dem sonst Arbeiter ihren Frischoppen einnehmen, hatten die Stasi-Männer für die Dauer der Filmarbeiten geschlossen — sie fürchteten wohl einen allzu engen Kontakt zwischen der Bevölkerung und uns Journalisten.

Kardinal Bengschs geschultem Auge waren die Stasi-Männer nicht entgangen. Zum Abschied spottete er: „Wem geben die die Ehre, Ihnen oder mir?“

Die Gegenspieler rüsten zur Konfrontation.

Ich beschloß an jenem Vormittag nach den Dreharbeiten, östlich von Schwedt einen Blick über die Oder zu werfen auf das polnische Gebiet, das früher die Brandenburgische Neumark war. Außerdem wollte ich einen Eindruck vom Umfang des Kleinen Grenzverkehrs zwischen Polen und der DDR gewinnen. Am Grenzkontrollpunkt war es ruhig. Nur ein polnisches Auto wurde abgefertigt.

Plötzlich erschien ein Grenzzoffizier, kontrollierte meinen Paß, bat mich zu warten und verschwand in der Baracke. Nach 20 Minuten kehrte er zurück: „Der Aufenthalt ist für Sie auf dieser Straße verboten. Sie befinden sich im Sperrgebiet.“ Mein Hinweis, die Straße sei doch öffentlich und jeder dürfe bis an die Grenze heranfahren, beantwortete er so: „Das gilt nicht für Sie, ich werde Ihre Grenzverletzung dem Außenministerium melden.“

Die Stasi-Männer setzten sich so aufdringlich auf unsere Spur, daß bald Autofahrten durch die DDR zu einer argen Nervenbelastung wurden. Zuweilen überfiel mich die Angst vor einem inszenierten Autounfall; ich hätte mich damals nicht gewundert, wenn sich plötzlich aus einer Seitenstraße irgendein Betonmischer vor unseren Wagen geschoben und das „Problem Loewe“ auf diese Art gelöst hätte.

Aber ich zwang mich immer wieder zur Ruhe. Ich hoffte auf die Vernunft und Einsicht der verständigungsbereiten Kräfte in der DDR-Führung. Es gab doch dort Männer, die genau wußten, daß ich die Politik des Ausgleichs und der Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten mit Herz und Verstand unterstützte. Oft genug war ich in meiner Berichterstattung für die Verbesserung der Beziehungen eingetreten.

Doch ich irrte mich. Die Gegenspieler hinter der Journalisten-Abteilung des Außenministeriums rüsteten zur Konfrontation.

Im nächsten Heft

Die Krise in der DDR nach der Ausbürgerung Biermanns — Einbruch in Loewes Wohnung: Zufall oder Provokation? — Die Ausweisung



DDR-Kardinal Bengsch in Schwedt: „Wem gibt der Stasi die Ehre?“

hören, die nun immer systematischer die Flüsterparole in Umlauf setzten, die Korrespondenten des West-Fernsehens würden sich ständig in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen und dadurch die Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Bonn stören. Bald begann eine wohlgedachte Kampagne der Aufpasser und Staatschützer gegen mich.

Die Pressefunktionäre des Außenministeriums mühten sich zusehends, das ARD-Team von Informationsquellen abzudrängen. Die Kampagne der Nadelstiche war lautlos und fast unauffällig: Interviews mit hohen SED-Funktionären bekam ich nicht mehr, alte Informanten zogen sich plötzlich zurück, Einladungen zu wichtigen Empfängen blieben zuweilen aus oder wurden „vergessen“.

Die Drehgenehmigung für den Park des Schlosses Sanssouci in Potsdam verzögerte Dr. Claus so lange, bis im

Außenministerium zwei bestimmte Wahllokale in Berlin-Friedrichshain und in Lichtenberg vor, deren Leiter sich denn auch eifrig mühten, unserem Kameramann die Arbeit zu erschweren.

Tauchten wir zu Filmarbeiten an einem Ort auf, dann standen die Speitzex-2000-Männer des Ministeriums für Staatssicherheit schon da, um uns mißtrauisch über die Schultern zu schauen. Die Observateure des Staatssicherheitsdienstes wurden wir praktisch nicht mehr los: Wo immer wir durch die DDR fuhren, stets waren wir unter Aufsicht.

Sie waren auch schon zu einem Dutzend versammelt, als wir an einem Sonntag im Oktober in Schwedt an der Oder vor der dortigen katholischen Kirche vorfuhren, um einen Gottesdienst des Kardinals Bengsch, des katholischen Oberhirten in der DDR, zu filmen. Das Lokal gegenüber der Kir-